

Fraktion *Bündnis 90 / Die Grünen* im Gemeinderat zum Haushaltsplan der Stadt Walldorf für das Jahr 2013 :

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrte Frau Staab,

Die Krise ist ein produktiver Zustand. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.

Max Frisch

Die Krise ist noch nicht überwunden

Mit der Krise und den Auswirkungen der Krise leben wir in Europa nun schon seit einigen Jahren. Die einen ganz schlecht, wieder andere ziehen ihren Nutzen daraus. Die Länder im Süden Europas beutelt es ganz ordentlich, während Deutschland und einige andere Länder durchaus einen Vorteil von der Misere haben.

Bislang schien es ja so, als sei die Krise die Krise der anderen, der Portugiesen, der Griechen, der Spanier, der Italiener. Dabei ist aber völlig klar, dass an einer Volkswirtschaft wie der unseren, die 40 Prozent ihres Außenhandels in der Eurozone abwickelt und 60 Prozent in der Europäischen Union, die Entwicklung der anderen Volkswirtschaften nicht spurlos vorbei gehen kann. Da kann die Krise der anderen schnell zur eigenen Krise werden und wir sind auf dem besten Wege dahin. Schaut man auf die Branchen, die in aller Regel als Frühindikatoren für einen Abschwung gelten, dann ist völlig klar, dass die Entwicklung in den anderen europäischen Ländern jetzt durchzuschlagen beginnt auf die Bundesrepublik, das kann man mit einem Blick auf die Logistik- und Automobil-Branche sehen. Die Eurozone gleitet immer mehr ab in einen Teufelskreis von Rezession und Sparprogrammen.

Nach dieser ersten globalen Betrachtung von Problemlagen möchte ich nun für die Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen ein paar Worte zur

kommunalen Finanzsituation der Stadt Walldorf verlieren. Bei uns in Walldorf ist es im Bereich der Finanzen seit Jahrzehnten anders, besser, üppiger, eigentlich seit 1984, seit die Grünen im Gemeinderat sind, geht es finanziell aufwärts. Möglicherweise hat es auch was mit der Walldorfer Softwarefirma SAP zu tun, die sich zum Weltmarktführer im Bereich der Anwendungssoftware aufgestiegen ist und diese Position schon lange hält.

Wen Sie, meine Damen und Herren für den Reichtum verantwortlich machen, überlasse ich ihrer eigenen Interpretation.

Auf alle Fälle ist die Entwicklung unserer Stadt in den letzten Jahren der Entwicklung dieser Firma geschuldet. Reichtum hat seinen Preis, über 16000 Arbeitsplätze am Ort bedeuten auch eine extrem hohe Verkehrsbelastung, die höchste KFZ-Dichte in der Region, bedeuten auch eine enorme Besiedelung und Versiegelung unserer Kulturlandschaft, bewirken auch einen hohen Anspruch an die infrastrukturellen Einrichtungen, die unsere Kommune vorhalten muss. Wir können uns das alles leisten und wir leisten uns das auch.

Selbst ein Quadratmeter Natur ist so kompliziert und wunderschön geschaffen worden, dass es sich der Mensch nicht anmaßen darf, jemals das Wissen zu haben, so ein Kunstwerk übertreffen zu können. Sollte er jedoch die Notwendigkeit haben, dieses zerstören zu müssen, muss er sich sehr genau überlegen, ob er die Berechtigung dazu hat und was er an dieser Stelle dafür hin setzt.

Ansonsten soll er es besser so lassen, wie es ist.

Bevor man die Welt verändert, wäre es vielleicht wichtiger, sie nicht zugrunde zu richten.

Paul Claudel

Wir sind nicht nur noch einmal davongekommen, nein uns in Walldorf geht es richtig gut, während es in den meisten Städten um uns herum knirscht und finanziell bedenklich knackt. Auch wenn die letzten beiden Jahre besser waren, auch und gerade wegen der finanziellen Leistungen, die von der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg vor allem für Betreuungseinrichtungen für Kinder leistet.

Die Ursachen bei den anderen Kommunen sind unterschiedlich, aber stets ist die zu geringe finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden ein wesentlicher Faktor. Den Kommunen, die große Teile des öffentlichen und privaten Lebens organisieren und bezahlen müssen, gibt man einfach zu wenig vom Steuerkuchen ab. Von einem Steuerkuchen, der enorm ist, der aber durch einige rechtliche Änderungen noch viel größer werden könnte, wenn z.B. Deutschland den durchschnittliche EU-Steuersatz verlangen würde, hätten wir jedes Jahr 70 bis 85 Milliarden Euro an Mehreinnahmen. Geld, das man klammen Kommunen für ihre notwendige Aufgabenerledigung geben könnte. Geld, mit dem den Bereich der sozialen Hilfeleistung erhöhen könnte, um die Wohlstandsschere nicht immer weiter zu öffnen.

Das bemängeln die Verantwortlichen seit Jahrzehnten öffentlich, aber egal welche Partei am Regierungsruder in Berlin sitzt, immer ist etwas anderes gerade wichtiger als die finanzielle Besserstellung der Kommunen.

Kleinkinder, Kinder und Jugendliche

Im Hinblick auf Schulpolitik und Bildungsentwicklung gibt es in unserer Stadt hingegen weiter eine positive Entwicklung und große Qualitätsverbesserungen. Das kann man am Neubau der Schillerschule, am Neubau der Kinderkrippe, am Neubau des evangelischen Kindergartens und am Neubau der Sporthalle in der neuen Sozialen Mitte sehen. Kinder und Jugendliche, deren Versorgung, deren Betreuung und deren Bildung haben in Walldorf parteiübergreifend den höchsten Stellenwert.

Mit der neuen Konzeption des Jumps zur aufsuchenden Jugendarbeit wurde ein schon lange von unserer Fraktion gefordertes Element ganzheitlicher Jugendarbeit endlich erfüllt. Wir sind gespannt, wie sich dieses neue Projekt entwickelt und welche Ergebnisse oder Erkenntnisse es bringen wird.

Natürlich unterstützen und begrüßen wir hier auch die Aktivitäten des Jugendforums.

Für Kleinkinder, Kinder und Jugendliche werden unsere finanziellen Ressourcen sinnvoll, zielführend und qualitativ hochwertig eingesetzt. Dies wird sicher - immer vorausgesetzt unsere Einnahmesituation verändert sich nicht - so bleiben!

Wir haben früher immer die These vertreten, es gibt nichts, was nicht noch zu verbessern wäre. Zumindest was die räumliche und sächliche Ausstattung der Betreuungseinrichtungen für Kinder und Schulen betrifft, sind wir in Walldorf in Dimensionen angelangt, die uns nun fast verstummen lassen. Ganztagschulen für alle Schularten in Walldorf einzurichten ist in Walldorf kein Problem!

Die Gebäude sind optimal, die anderen Parameter, die Lehrer/innen und die pädagogischen Rahmenbedingungen entziehen sich unserem unmittelbaren Einfluss. Die Diskussionen landauf und landab machen deutlich, dass hier vieles im Fluss ist, dass die neue Regierung im Land auch hier Reformen anpackt, versucht neue Wege zu gehen, Alternativen aufzuzeigen.

Die grün-rote Bildungspolitik in Baden-Württemberg setzt auf sanfte Reformen, frei von ideologischem Zwang und im Wesentlichen sind das drei Dinge: Ein massiver Ausbau der vorschulischen Bildungsangebote, längeres gemeinsames Lernen und mehr gebundene Ganztagschulen mit verpflichtendem Nachmittagsunterricht. Dies waren im Übrigen auch die Thesen, die sich im Gutachten des Bildungsforscher Jürgen Baumert wiederfinden, der ein Expertengutachten zur Bildungsgerechtigkeit im Auftrag der letzten CDU-Kultusministerin Marion Schick ausgearbeitet hatte. Sie erkennen, wenn die ideologischen Scheuklappen abgenommen werden, gleichen sich die Erkenntnisse der Parteien.

Die - erzwungene - Kehrtwende der CDU bei der Gleichstellung homosexueller Paare ist ebenfalls ein Beleg für diese Theorie.

Senioren

Nun zur anderen Seite der Generationengruppe, zu unseren älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, zu den Senioren. Nachdem politisch, nicht nur in den Kommunen, das Problem Kinderbetreuung, Elternzeit,

usw. im Kern gelöst ist, macht der unerbittlich abzeichnende demografische Wandel deutlich, welche Aufgaben das kommunale Gemeinwesen rasch regeln und mit Elan angehen muss - die Versorgung und Betreuung der älteren Mitbürger. Hier fordern wir Grüne schon lange neue Ideen und Wege für andere Lebensformen. Weg von isolierten, kleinen Wohnungen, hin zu offenen, gemeinschaftsfördernden Wohnanlagen. Die Innovationen, das Engagement, das in Walldorf für die Versorgung für Kinder und Jugendliche gezeigt wird fordern wir ebenfalls für unsere älteren Mitbürger.

Eine konkrete Zukunftsaufgabe werden hier Planungen und Überlegungen zur kommunalen Betreuung, zur Unterbringung und zur Versorgung der älteren Menschen sein. Schließlich zählen heute 24% der Bevölkerung zu den Senioren, 2030 werden es über 35% sein.

Wir formulieren hier konkret den Antrag an die Verwaltung, im Laufe des Jahres 2013 eine Veranstaltung im Rahmen eines runden Tisches mit allen in der Altenarbeit relevanten Gruppen zu machen, um Ideen und Lösungsvorschläge für diese Aufgabe zu diskutieren und zu finden.

Der ökologische Teil

Klimaschutz

Der Gemeinderat von Walldorf hat vor rund 10 Jahren einstimmig ein von unserer Fraktion beantragtes kommunales Klimaschutzkonzept beschlossen. Dieses sah vor, den Kohlendioxid ausstoß jährlich um 3% zu senken. Zahlreiche Klimaschutzmaßnahmen sind seither mit Hilfe eines städtischen Zuschussprogramms umgesetzt worden. Die zahlreichen Investitionen Privater haben auch dem lokalen Handwerk Aufträge und Umsatz gebracht. Es wird aber schwierig, wenn nicht gar unmöglich sein, das vom Gemeinderat gesteckte Ziel der 3%-igen jährlichen Kohlendioxidreduzierung zu erreichen, wenn nicht andere Akteure aus Gewerbe und Industrie mitmachen. Deshalb erinnern wir an unseren Antrag vom 10. November vergangenen Jahres, der zum Ziel

hatte, im Walldorfer Industriegebiet ein Nahwärmenetz aufzubauen, das aus einer Kraft/Wärme-Kopplungs-Anlage gespeist wird.

In diesem Zusammenhang fordern wir Sie, Frau Bürgermeisterin Staab, auf, ihren neuen Funktionen, wie der Wahl zur Stellv. Vorsitzenden des „Verbandes der kommunalen Unternehmen“ auch Taten folgen zu lassen. Erfahrene Vorstandskollegen, wie der Geschäftsführer der Stadtwerke Tübingen, Herr Koetzle

oder der Oberbürgermeister Pelgrim aus Schwäbisch Hall geben bestimmt praxisnahe Tipps, wie Frau aktiv und zielführend Projekte zum Wohle von Klima und Stadt umsetzen kann.

Unsere Fraktion hat schon öfter deutlich geäußert, dass wir die Energiepolitik der Stadtwerke Schwäbisch Hall vorbildlich finden und uns zumindest Ansätze dieses Wirkens auch in Walldorf wünschen. Dort wurde die Energiewende praktisch schon vollzogen.

Am 10. Oktober 2011 stellte unsere Fraktion den Antrag die Freilandfotovoltaikanlage zu erweitern oder an anderer geeigneter Stelle eine neue zu errichten. Die gesetzlich vorgegebenen Einspeisevergütungen sind nach wie vor attraktiv. Heutige Investitionen durch die Stadt in diese Technik, passen in das künftige Strombeschaffungsportfolio der Stadtwerke. Auch und gerade über die Zeit hinaus, wenn Einspeisevergütungen nicht mehr gesetzlich geregelt sind. Ist ein Fotovoltaikkraftwerk einmal bezahlt, gehen die Grenzkosten für eine Kilowattstunde Strom gegen Null. Diese Vorteile wollen wir für unsere Stadtwerkekunden dauerhaft sichern.

Beabsichtigte Investitionen durch private, auswärtige Betreiber garantieren dies nicht. Bei einem privaten Investor steht das Gemeinwohl nicht im Vordergrund.

Energetische Gebäudesanierung

Wie wir bereits in unserem Antrag zum Haushalt 2013 ausgeführt haben, sehen wir in der energetischen Sanierung der kommunalen Wohngebäude einen wichtigen Baustein für eine nachhaltige lokale Klimaschutzpolitik.

Den Sanierungsstau in diesem Bereich zu beenden betrachten wir als eines der wichtigen kommunalpolitischen Ziele in den nächsten Jahren. Die großen Bauprojekte wie Drehscheibenbebauung und Soziale Mitte in Walldorf Süd werden in 2013 weitgehend abgeschlossen und im Fachbereich 4 „Planen Bauen Immobilien“ werden dadurch personelle Kapazitäten frei. Außerdem wurde der Fachbereich mit einer Stelle aufgestockt und für das Energiemanagement wurde eine neue Stelle geschaffen und auch besetzt.

Wir möchten nicht mehr, dass nur die Bestandssanierung einzelner Wohnungen durchgeführt wird, sondern eine umfassende Gebäudesanierung. So wie es uns andere Bauträger in Walldorf vormachen. Diese Bauträger haben nach Absprache mit den Mietern, die Sanierungsmaßnahmen auch in weiterhin bewohnten Gebäuden durchgeführt.

Zu einer energetischen Sanierung gehören für uns die Wärmedämmung der Gebäudehülle, die Dämmung des Daches, der Wände und der Kellerdecke, der Einbau von wärmeisolierenden Fenstern und die Umstellung auf energieeffiziente Heizsysteme. Das schließt die sicher nicht einfache Strangsanierung von Wasser- und Heizungsrohren in den Gebäuden mit ein. Eine Überprüfung der vorhanden elektrischen Anlagen ist ebenfalls Teil der Sanierung. Das dies nach dem neuesten Stand der Technik erfolgen muss, ist für uns selbstverständlich. Das Büro ebök, Planungsbüro, unter anderem im Energiesektor aus Tübingen hat mit seinem „Energiekataster Walldorf“ die Wirksamkeit von Sanierungsmaßnahmen der städtischen Liegenschaften in einer hierarchischen Rangfolge aufgelistet und damit eine fundierte Handlungsanleitung für den Gemeinderat und die Verwaltung erstellt.

Wir erwarten von der Verwaltung, dass ein Zeitplan für die energetische Sanierung der städtischen Wohnungen in den nächsten Jahren aufgestellt wird, um die jährlichen Kosten in den kommunalen

Haushalt einzustellen. Die hierfür verwendeten Mittel sind in den städtischen Wohnungen besser und nachhaltiger angelegt als auf einer Bank.

Innerstädtisches Radwegenetz

Man sieht in Walldorf im Moment noch viele Radfahrer, so fällt dem aufmerksameren Beobachter auf, dass vor allem ältere Menschen und Kleinkinder immer weniger mit dem Fahrrad unterwegs sind. Nach unserer Meinung liegt dies daran, dass für diese Bevölkerungsgruppen das Fahren auf den Hauptverkehrsstraßen zu gefährlich ist.

Beim Individual-Verkehr fristet das Radwegenetz in Walldorf ein Schattendasein. Wie wenig die Verwaltung sich des Problems des innerstädtischen Radwegenetzes bewusst ist, sieht man daran, dass trotz eines anders lautenden Gemeinderats-Beschlusses der einzig ausgebaute Walldorfer Radweg in der Ringstraße zum Pkw-Parkplatz umfunktionierte wurde. Hier wünscht man sich eine Verwaltung, die vorhandene Radwege nicht streicht, sondern weiterführt, auch wenn das nicht immer einfach ist.

Heute geht es nicht um Einzelmaßnahmen, vielmehr fordern wir ein innerstädtisches Radwegkonzept durch ein externes Planungsbüro zeitnah erstellen zu lassen. Wir wissen, dass wir mit dieser Forderung bei Ihnen Frau Bürgermeisterin auf offene Ohren stoßen, denn bereits in Ihrem Wahlkampf vor mehr als zwei Jahren, haben Sie ein "holländisches" Modell für den Walldorfer Radverkehr gefordert. Auch wenn wir bis heute nicht ganz verstanden haben, was Sie damit meinten, so sollte es doch unser gemeinsames Anliegen sein, ein stringentes, durchdachtes Walldorfer Radwegenetz auf den Weg zu bringen. In den vergangenen Jahren haben die Walldorfer erkannt, dass viele Radwegeschilder alleine noch kein schlüssiges Konzept darstellen.

Ein Antrag zu diesem Thema geht Ihnen von unserer Fraktion noch schriftlich zu.

Neuer Fußballplatz im Wald

Mit den ersten Bäumen, die gefällt werden, beginnt die Kultur.

Mit den letzten Bäumen, die gefällt werden, endet sie.

Wenn die Gesellschaft so fortfährt, wird in zweitausend Jahren nichts mehr da sein, kein Grashalm, kein Baum;

die Menschheit wird die Natur aufgefressen haben.

Gustave Flaubert

Was meiner Fraktion und mir häufiger nicht nachvollziehbar ist, ist die Tatsache, dass Verwaltung und die anderen Parteien hier im Rat immer noch an den längst überholten Rezepten aus den Wirtschaftswunderjahren festhalten. Konkret heißt das für uns neue Wege gehen, die Natur schützen und erhalten, nicht nur beim Bau von Sportstätten, sondern überhaupt sparsam beim Flächenverbrauch sein. Auch diesen Punkt, den Bau eines Sportplatzes, werden wir in der heutigen Sitzung nochmal behandeln. Aber anmerken möchten wir schon jetzt: Wir Grüne als die einzig standhaften, als die Gallier im Walldorfer Gemeinderat, sind dem Druck der Antragsteller nicht gewichen. Wir haben den Grundsatzbeschluss des Walldorfer Gemeinderats, für Sportplätze soll kein Baum mehr fallen, durchgehalten und sehen diesen Grundsatz noch immer als die einzige richtige Entscheidung. Wir haben uns auch dem wachsenden Bedarf nach zusätzlichen Trainingsflächen nicht verschlossen. Es dreht sich hier auch nicht darum, eine Mauer um Walldorf zu bauen, es geht darum, den Realitäten ins Auge zu sehen. Und diese Realität sieht so aus, dass in der näheren Umgebung von Walldorf, Sportflächen ungenutzt vor sich hin darben, weil viele Jugendliche nach Walldorf drängen. Wenn immer von interkommunaler Zusammenarbeit die Rede ist, dann muss zumindest der Versuch unternommen werden, diese Potentiale zu nutzen, bevor gleich wieder zur Axt gegriffen wird und Bäume gefällt werden.

Der Walldorfer Haushalt 2013 konkreter

Am Tage der Haushaltsverabschiedung möchte auch ich Ihnen natürlich ein paar Zahlen nicht ersparen. Die Grunddaten der Haushaltssatzung für 2013 unterscheiden sich nicht unwesentlich von denen des Jahres 2012.

Der Haushalt hat ein Volumen von 182 Millionen Euro, davon entfallen auf den Verwaltungshaushalt knapp 145 Millionen Euro und auf den Vermögenshaushalt etwas mehr als 37 Millionen Euro. Zum Vergleich, der Haushalt des Neckar-Odenwald-Kreises, eines Kreises mit immerhin 146 000 Einwohnern hat ein Volumen von 140 Millionen Euro. Das verdeutlicht die gewaltige Dimension der Aussage, dass es unserer Kommune wirklich gut geht und wir sagen das, auch bei all den noch ausstehenden, gewaltigen Umlagezahlungen, die von der Stadt noch zu leisten sind.

Diese würden uns erst dann Probleme bereiten, wenn wir ein Haushaltsjahr ohne die üppigen Gewerbesteuerzahlungen hätten. Ein Zustand der hoffentlich nie eintritt oder bei dem zumindest ich nicht mehr Mitglied des Gemeinderates sein möchte. Aber bei den entfesselten, irrationalen Finanzmärkten, bei der Gier nach Profit kann kein Szenario außen vor bleiben, müssen alle eventuellen Vorkommnisse gedacht werden.

Dies ist einer der Punkte, auf die wir Grüne immer hingewiesen haben und der es für uns unabdingbar gemacht hat, Gelder in eine unangreifbare Rücklage zu legen. Nach einigen Anlaufschwierigkeiten und Klärung von rechtlichen Voraussetzungen sind uns Verwaltung und Gemeinderat in dieser Sache gefolgt - diese Rücklagen sollten beständig erhöht werden oder es sollten Mittel in regenerative Energien angelegt werden, die regelmäßig wiederkehrende Einnahmen zur Folge haben - Sie können erkennen, unsere Anträge zum Bau von Windenergie- und Solaranlagen haben durchaus auch eine finanzielle, nicht nur eine energetische Komponente.

Weiter zu den Zahlen unseres Haushaltes, es werden voraussichtlich mehr als 31 Millionen Euro für Baumaßnahmen ausgegeben, auch das im nationalen Vergleich von Gemeinden unserer Größenordnung sicher der bundesweite Spitzenplatz. Letztes Jahr haben wir es schon angesprochen, dass es im investiven Bereich etwas ruhiger werden wird, wenn das Projekt neue soziale Mitte, Drehscheibenbebauung und Schulhaussanierungen abgeschlossen sind. Auch der Wechsel im Amt des Bürgermeisters hat hier die Bauaktivitäten geringer werden lassen.

Voraussetzung für eine weitere positive Einnahmesituation sind die wirtschaftliche Stabilität unserer Firmen vor Ort, insbesondere der ganz Großen und maßvolle Kreisumlagen. Auf beides haben wir, realistisch betrachtet, keinen nennenswerten Einfluss, was der finanziellen Vorausschau immer etwas vom Blick in die Glaskugel verleiht.

Genau hinschauen sollte man deshalb auch bei den

Geldanlagen der Stadt Walldorf

In den letzten Jahren und besonders letztes Jahr hat sich der Gemeinderat auf unseren Antrag hin, intensiv mit den Geldanlagepartnern der Stadt befasst.

Grund war, dass es Anlagepartner der Stadt gab, die nachweislich in völkerrechtswidrige, man kann auch sagen grausame Waffensysteme produzierenden Firmen, die z.B. Streubomben und Landminen herstellen, investiert haben. Diese Waffen bedrohen vor allem das Leben der zivilen Bevölkerung in vielen Ländern, z. B. durch Blindgänger, die noch etliche Jahre nach kriegerischen Handlungen grausame Verletzungen herbeiführen. Eine moralische Mitverantwortung haben diejenigen Banken, die an der Herstellung von Streumunition verdienen.

Nachdem bereits 2012 auf unseren Antrag hin die Deutsche Bank und die HypoVereinsbank als Anlagepartner nicht mehr berücksichtigt wurden, hat man den beiden Banken Gelegenheit gegeben zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen. Doch bei Anhörungen von Interessenvertretern ist es wichtig alle Sichtweisen zu berücksichtigen. Der Gemeinderat hat daraufhin den Sprecher der Organisation Facing Finance, deutsch etwa: Finanzmärkte im Visier, ebenfalls angehört. Diese Organisation hat es sich zur Aufgabe gemacht weltweit Unternehmen zu identifizieren, die in die Produktion von Waffen investieren und davon profitieren.

Als Ergebnis der Anhörungen bleibt festzuhalten, dass beide Banken nach wie vor in Geschäfte von Firmen investieren, die Personen-Landminen und

Streubomben herstellen. Der Gemeinderat beschloss danach mit einer großen Mehrheit, aus ethischen Gründen für weitere 2 Jahre beide Banken als Geldanlagepartner auszuschließen. Bündnis 90/Die Grünen werden weiterhin darauf achten, dass Banken, die in Waffengeschäfte investierten, als Anlagepartner für Geldanlagen unserer Stadt nicht berücksichtigt werden.

*Der Mensch ist das einzige Lebewesen, das Vernunft besitzt.
Aber kein anderes Lebewesen würde jemals so unvernünftig handeln.
Einmal kein Fortschritt - das wäre einer!
Was ist alle gemachte Poesie in einer großen Stadt
gegen die Schönheit eines Kornfeldes.*

Peter Rosegger

Danke

Wir schließen uns zum Schluss den Dankesworten der Vorredner an. Danken wollen wir ganz ausdrücklich den vielen ehrenamtlich Tätigen in unserer Gemeinde für die geleistete Arbeit, die zwar unbezahlt aber unbezahlbar ist! Danken möchten wir den Steuer- und Gebührendzahlern, die uns die politische Arbeit in der beschriebenen Form und mit den erwähnten Finanzmitteln erst ermöglichen.

Bündnis 90 / Die Grünen stimmen den Beschlussvorschlägen der Tagdesordnung und somit dem HH-Entwurf für 2013 zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!